

Horst Kahrs

## Botschaften des Wählervotums vom 22. September 2013

Vortrag zur Auswertung des Bundestagswahlergebnisses auf der Hauptversammlung Bezirksverband DIE LINKE Berlin-Pankow, 2.11.2013 (nachträgliche Schriftfassung)

*Liebe Genossinnen und Genossen, vielen Dank für die Gelegenheit hier sprechen zu können. Ich werde Gedanken zum bundesweiten Ergebnis vortragen, unser direkt wiedergewählter Abgeordnete Stefan Liebich wird anschließend über das Wahlergebnis in Berlin und in seinem Wahlkreis sprechen.*

Die Bundestagswahl 2013 liegt sechs Wochen zurück, aber eine neue Regierung hat das Land auch in den kommenden Wochen noch nicht. Das hat es so noch nicht gegeben. Die alte Regierung führt die Geschäfte weiter, das neu gewählte Parlament ist quasi suspendiert. Das regt niemanden wirklich auf. Darin scheint eine wichtige Erklärung für das Wahlergebnis, für den Sieg der Merkel-Union auf:

*Angela Merkel ist für eine Mehrheit der Wahlberechtigten eine gute Geschäftsführerin der Deutschland AG. Dass die Geschäfte gut laufen, darauf kommt es an, denn von den guten Geschäften unserer Wirtschaftskapitäne sind unser aller Lebensverhältnisse abhängig. Wenn es denen gut geht, kann man sich vielleicht auch etwas mehr sozialen Ausgleich leisten, eine Mütterrente hier, eine abschlagfreie Rente für verdiente Metall- und Chemiewerker da oder auch ein paar neue allgemeine Regeln für die Konkurrenz der Wirtschaftssubjekte auf dem Arbeitsmarkt wie einen flächendeckenden Mindestlohn schaffen.*

Die Wählerinnen und Wähler haben sich mehrheitlich für die Sicherung des individuellen Besitz-Wohlstands im bestehenden Wirtschaftsmodell durch die vertraute und berechenbare Geschäftsführung entschieden und gegen einen finanziell besser ausgestatteten Staat und gegen mehr Gerechtigkeit bzw. sozialen Ausgleich unter einer neuen Geschäftsführung. Mit der Großen Koalition kommt eine Wiederauflage des »Krisenbündnisses« von 2008/2009. Das entspricht dem Mehrheitswillen in den Umfragen.

Die Stärkeverhältnisse zwischen Union und SPD spiegeln jedoch eine Kräfteverschiebung gegenüber 2005 wider. Die Union liegt historische 15 Prozentpunkte vor der SPD: 42:26. Die Koalition mit der SPD wie auch das erfolgreiche Vorglühen für ein künftiges schwarz-grünes Bündnis sichern der Union womöglich die Kanzlerschaft über die beiden kommenden Wahlperioden hinaus, gerade weil sich dadurch die strategischen Optionen für SPD und Grüne jeweils verändern, vergrößern. Die Chancen für Rot-rot-grün verschlechtern sich dadurch entsprechend.

Das Votum der Wählerinnen und Wähler trägt historische Züge und wird lange nachwirken. Acht Aspekte seien hier hervorgehoben:

1. Erstmals seit 1949 ist die FDP nicht im Deutschen Bundestag vertreten. Deshalb gibt es keine schwarzgelbe Regierung mehr. CDU/CSU erreichten nun seit 1998 wieder mehr als 40% der gültigen Stimmen und liegen, auch dies ein historisches Ergebnis, über 15 Prozentpunkte vor der SPD.
2. Gescheitert sind SPD und Grüne mit dem Versuch, gemeinsam wieder einen Sozialdemokraten zum Kanzler zu machen. Zusammen erzielten beide Parteien einen Stimmenanteil von 34,1%, kaum mehr als die 33,7% von 2009.

3. DIE LINKE zieht geschwächt in ihre dritte Legislaturperiode und reiht sich damit endgültig in den Kreis der etablierten bundespolitischen Parteien ein.
4. Die größte Herausforderung, vor die das Wahlergebnis das verbliebene parlamentarische Parteiensystem stellt, besteht in dem Gegensatz zwischen der Verteilung der gültigen Stimmen und ihrer parlamentarischen Repräsentation. 15,7% der gültigen Stimmen sind nicht im Bundestag vertreten (2009: 6%), FDP und „Alternative für Deutschland“ (AfD) fehlten jeweils nur 130-150.000 Stimmen für den Einzug. Weit unter der Sperrklausel blieb auch die Piratenpartei mit 2,2%.

Insbesondere die Wählerinnen und Wähler von FDP und AfD spielen indirekt eine große Rolle, weil sie für den Ausgang künftiger Wahlen entscheidend sein können. Kann sich die AfD als eine marktradikale nationalliberale Partei rechts von der Union etablieren? Schafft die FDP ein Comeback als eher sozial- und bürgerrechtsliberale Partei, die sowohl mit Union als auch SPD zusammenarbeiten könnte? Oder gelingt es den Bundestagsparteien, hier Wählerpotentiale für sich zu gewinnen, wenn sie den Erwartungen dieser Wählergruppen nachkommen?

Hierbei handelt es sich im Kern um Auseinandersetzungen im »bürgerlichen Lager«, um politische Erosionen im Feld der Union – und nicht, wie 2005 oder 2009 um Auseinandersetzungen im Feld der SPD. Wie verhält sich Die Linke zu diesen Suchbewegungen von Gruppen, für die Die Linke nicht zum Kreis der wählbaren Parteien zählt?

Beachtenswert sind in diesem Zusammenhang zudem zwei weitere Ergebnisse:

5. Addiert man die von der Sperrklausel „entwerteten“ Stimmen und die Wahlenthaltungen, so sind zwei Fünftel der Wahlbevölkerung nicht im Parlament vertreten. Da mehr als ein Drittel der Wahlenthalter eine Wahlbeteiligung nicht grundsätzlich ablehnt und politisches Interesse und Parteipräferenzen äußert, gibt es eine erhebliche Zahl politisch Interessierter, die im Bundestag nicht vertreten sind und in ihrer Mehrheit eher rechten als linken, populistischen und antipolitischen statt parlamentarisch-repräsentativen Positionen zugeeignet sind. Die außerparlamentarische Stimmung ist eher rechts als links.
6. Der zweite Aspekt: die Veränderungen für die Stimmenanteile der Parteien, die Beweglichkeit der Wählerinnen und Wähler erreichten bei dieser Wahl einen neuen Höchststand. Einschließlich der Nichtwähler von 2009 veränderten 30% der Wahlberechtigten ihr Abstimmungsverhalten und 35% der Wähler von 2009 entschieden sich 2013 anders. Die Zahl der Bürger und Bürgerinnen, die auf der Suche nach einer angemessenen parlamentarischen Repräsentation sind, wächst offenbar stetig. Keine Partei kann ermesen, in welchem Maß ihr Wahlergebnis vom September 2013 bloß eine Momentaufnahme ist. Der (partei-)politische Wandel in Deutschland setzt sich beschleunigt fort. Für alle Parteien entstehen neue politische Situationen mit neuen Gelegenheiten und Risiken.
7. Nur dank der Fünf-Prozent-Hürde gibt es im Bundestag eine rechnerische Mehrheit gegen die Union aus SPD, LINKE und Grünen. Tatsächlich erhielten die drei Parteien zusammen mit 42,7% (2009: 45,6%) das schlechteste Ergebnis seit 1990. Die parlamentarische Mehrheit ist nicht nur keine politische Mehrheit, sondern auch keine Mehrheit der Wählerinnen und Wähler. Sie ist eine Mehrheit aus Zufall, eine unbeabsichtigte Folge von Wahlentscheidungen im »bürgerlichen Lager«.

8. Die Parteien waren vom Wechsel der Wähler unterschiedlich betroffen: Der Union hielten fast vier Fünftel ihrer Wähler von 2009 die Treue, der SPD immerhin noch zwei Drittel. Beide Parteien verfügen noch am ehesten über traditionelle Stammwählermilieus. Die Union konnte deutlich bei den Nichtwählern Stimmen holen. Bei den Grünen und der Linken blieb jeweils nur knapp jeder zweite Wähler von 2009 bei seinem Votum, bei der FDP nur jeder fünfte. Mehr als drei Viertel der Nichtwähler von 2009 blieb auch 2013 der Wahl fern, wobei sich die Tendenz verstärkte, dass vor allem die unteren sozialen Schichten und Klassen stärker eine Wahlbeteiligung ablehnten. Mit der Parteibindung schwindet auch die Bindung an politische Lager als Orientierungsmaß für politische Wechsel, bleibt aber hoch. Dezierte Lagerwechsel wurden vor allem mit jeweils 45% von ehemaligen Wählern von Union und SPD vollzogen.

#### Das Wahlergebnis für unsere Partei

Bei der Bewertung des Wahlergebnisses hat man scheinbar die Wahl zwischen »halb voll« oder »halb leer«. Nimmt man die Umfragewerte vom Sommer 2012 zur Basis, dann sind 8,6% durchaus ein Erfolg. Nimmt man die 11,9% von 2009 zum Ausgangspunkt, dann sind sie ein Misserfolg. Nimmt man das Engagement und die Kampagnenfähigkeit vieler Parteistrukturen, dann ist es sicher ein gutes Ergebnis.

Die Linke hat mehr als ein Viertel ihrer Stimmen von 2009 eingebüßt und zwölf von sechzehn Direktmandaten verloren. Ehemalige Wähler der Linken wählten zu 40% im »linken« Lager (SPD 30%, Grüne 10%), 25% der Abgewanderten wechselten ins »bürgerliche« Lager (10% Union, 15% AfD). Jeder achte ehemalige Linke-Wähler wählte eine kleine »sonstige« Partei und fast jeder vierte blieb der Wahl fern. Im Vergleich mit den anderen Parteien hat die Linke prozentual die größten Verluste ans »Nichtwählerlager« gehabt und zusammen mit der Union die höchsten an die AfD. Die Quote der Wiederwähler, also derjenigen, die 2009 und wieder 2013 für die Linke stimmten, betrug im Osten 60%, im Westen 40%. Diese Wiederwählerschaft machte 2013 einen Stimmenanteil von knapp 6% aus, ein knappes Drittel der Stimmen kam also von Wählerinnen und Wählern, die 2009 nicht Die Linke gewählt hatten. Allerdings lassen sie Wanderungsbewegungen keine eindeutigen Richtungen für strategische Schlussfolgerungen erkennen, sie gehen vor allem in die drei Richtungen SPD, Nichtwähler und neue Protestpartei<sup>1</sup>.

#### Die politische Bedeutung des Wahlergebnisses überstrahlt die quantitativen Stimmenverluste:

Die Linke hat sich gegen die Ausgrenzungsstrategie der SPD behauptet, auch im Hessischen Landtag ist sie wieder vertreten. Eine sozialdemokratische Wahlstrategie, die darauf setzt, dass Die Linke an der Sperrklausel scheitert, wird es nicht wieder geben.

Die Linke hat in den westdeutschen Ländern nördlich des Mains mehr als 5% der Stimmen erzielt auch dort, wo sie zuvor bei Landtagswahlen gescheitert war. Das unterstreicht ihren bundespolitischen Stellenwert für viele Anhänger, die sich an Landtagswahlen schwerlich beteiligen.

---

<sup>1</sup> Neue Parteien erfüllen, unabhängig von ihrer inhaltlichen Ausrichtung, oft allein schon deshalb die Erwartungen von Protestwählern, weil ihr erfolgreicher Einzug ins Parlament das größtmögliche Ärgernis für alle anderen Parteien darstellt und damit dem Stimmverhalten die größtmögliche Aufmerksamkeit zuteil wird.

Und in den westdeutschen Ländern lag die Zahl der Zweitstimmen über derjenigen von 2005: der Anspruch, eine gesamtdeutsche Partei zu sein trotz der nach Ost und West unterschiedlichen Stimmenanteile besteht zu recht, ist aber noch nicht eingelöst.

Beachtenswert ist, dass in neun Wahlkreisen die absolute Zweitstimmenzahl gegenüber 2009 gesteigert werden konnte, darunter sechs (West-)Berliner Wahlkreise, zwei in Nordrhein-Westfalen und einer in Sachsen.

In den ostdeutschen Wahlkreisen erzielten die Kandidatinnen und Kandidaten mehr Erststimmen als die Partei Zweitstimmen, in Nordrhein-Westfalen gelang dies Sahra Wagenknecht (9,1% Erst- zu 7,8% Zweitstimmen). Über Personen erkennbar und präsent zu sein, wird auch für DIE LINKE wichtiger, zumal wenn man, wie im Osten, zu den drei großen Parteien zählt.

Den politischen Erfolg der Partei unterstreicht nichts besser als die Tatsache, dass die SPD den gesetzlichen Mindestlohn zur »Haltelinie« für eine Große Koalition erklärt, eine Forderung der Linken, über die Franz Müntefering 2005 noch verbal hergefallen war.

Die Stimmenverluste der Linken könnten also auch etwas mit ihrem Erfolg zu tun haben. Ihre Forderungen haben in anderen Parteien Anklang gefunden, was kein Grund zur Klage ist, sondern Ansporn weitere sozialen Missstände ähnlich geschickt mit innovativen Vorschlägen auf die politische Agenda zu hieven.

DIE LINKE hat sich bundespolitisch festgesetzt. Das ändert viel für die SPD (und die Grünen), aber wenig für DIE LINKE, da für sie rot-rot bzw. rotrotgrün die einzige Machtoption bleibt. Es sei denn, man beginnt tatsächlich über wechselnde Mehrheiten an zu reden.

DIE LINKE zählt jetzt zu den etablierten Parteien. Adresse für ungerichteten Protest ist sie nicht mehr, weil sie keine neue Partei mehr ist.

Die Linke ist bundespolitisch eine kleine Partei. Kleine Parteien haben spezielle, innovative Themen, zuweilen werden sie für Mehrheiten gebraucht. Die Linke bleibt im Osten eine große Partei, große Parteien sollen Mehrheiten schmieden. Der Widerspruch bleibt der Partei als unauflösbarer erhalten.

Unauflösbare Widersprüche können politische Produktivität freisetzen, Bewegung hervorrufen und durch Bewegung verändert werden.

#### Schlussfolgerungen?

Wer über strategische Schlussfolgerungen diskutieren will, hat viele Ansatzmöglichkeiten. Meine sind diese:

DIE LINKE hat Stimmen verloren, weil sie sich nicht bewegt hat. Im Wahlkampf dominierte der Wiedererkennungswert der Partei mit Blick auf 2009, nicht der Aufbruch zu neuen Zielen, Sichtweisen, Perspektiven. Die Linke hat, was das Versprechen einer neuen soziale Idee betrifft, versagt. Wer über 2017 reden will, muss über den Zustand in der Partei reden, der eine organisatorische und eine politische Seite hat. Für die organisatorische Seite fehlt hier die Zeit. Die politische Seite hängt mit der Frage zusammen, ob es ein linkes Lager aus SPD, Grünen und Linken gibt bzw. ob wir davon ausgehen, dass es ein solches Lager gibt. Ich meine: Nein, das gibt es nicht bzw. wir sollten nicht von seiner Existenz ausgehen. Und zwar nicht, weil SPD und Grüne neoliberal wären. Wir sollten viel mehr auf die soziale Basis schauen. Wir sollten Politik und lebendige Klassenanalyse wieder zusammenbringen, dabei aber auf die Ableitung abstrakter Klassen und vermeintlicher objektiver Interessen verzichten, sondern von dem ausgehen

was ist. Benjamin Mikfeld hat das in der taz (vom 1.11.2013) knapp zusammengefasst versucht:

*»Die Facharbeiterschaft und Angestellten bzw. ihre politischen Repräsentanten vor allem in SPD und Industriegewerkschaften richten ihr Interesse auf die industriellen Exportbranchen. Dies zum Unwillen des Ökobürgertums, das Bioläden und Biostrom gut findet, aber wenig Interesse an sozialen Verteilungsfragen hat. Eine linkskeynesianische bzw. sozialetische Diskurswelt thematisiert diese Verteilungs- und Gerechtigkeitsfrage, stößt aber schon bei den Facharbeitern mit Vorschlägen zur Einkommens- und Vermögensbesteuerung auf gebremste Begeisterung. Auch die kapitalismuskritische Postwachstums-Diskurswelt hat nur wenig Anschlussfähigkeit an die Arbeitnehmermitte, die mit den Forderungen nach Grundeinkommen und Solidarökonomie wenig anfangen kann. Politische Schnittmengen links der Mitte gibt es derzeit am ehesten in Einzelforderungen wie einen gesetzlichen Mindestlohn.« Einzelforderungen reichten aber zur Lagerbildung nicht aus. Hinzu komme, dass ein großer Teil der unteren sozialen Klassen »auf das Unterschichtsdésinteresse der Politik völlig zu Recht mit Desinteresse an der Politik antwortet«.*

Wir hatten all die hier angesprochenen sozialen Gruppen und politischen Positionen in der Partei seit 2007. Wir konnten daraus aber kein politisches Projekt generieren, sondern die Unterschiede bestenfalls befrieden. Diverse Stellen im Parteiprogramm bezeugen dies, wo dafür Formelkompromisse gefunden wurden oder die »weitere Diskussion« beschlossen wurde, die seitdem nicht mehr stattfindet. Die Stimmenverluste sind damit auch Ausdruck des Versagens, etwa denjenigen gewerkschaftlich organisierten Facharbeitern etwas anzubieten, die sich für die Linke entschieden hatten. Unsere Verluste unter Gewerkschaftern sind besonders hoch. Und die Verluste an die Nichtwählern dokumentieren, wenn man so will, auch unser Desinteresse an den wirklichen Lebensverhältnissen und Erwartungen der sozialen Unterklassen. Wir haben uns vom neoliberalen Parteikartell abgegrenzt, aber kein alternatives Gesellschaftsmodell entworfen, keine Vorstellungen von einer gerechten Gesellschaft, vom Verhältnis von Demokratie und Wirtschaft, von Bürgerrechten und Staat, von globaler Gerechtigkeit und einer Ökonomie des ganzen Hauses. Es braucht dazu ein paar große, aber einfache Ideen, wie es in einer guten, besseren Gesellschaft sein sollte, die auch von den Kleinbürgern mit den Kleingärten in den Kleinstädten verstanden und weiter erzählt werden, weil sie darin eine Verbesserung ihrer Lebensverhältnisse erkennen, einen besseren Wohlstand.

Diese Erklärung für das magere Wahlergebnis trotz großem Engagement hier so vortragen zu können, setzt, auch das ist Dialektik, voraus, dass das Wahlergebnis für uns kein schlechtes war, denn dann hätten wir jetzt existentielle Fragen wie die FDP zu diskutieren. So haben wir das Privileg, uns Gedanken über zukünftiges Wachsen – an Stimmen und Einfluss – machen zu können. Das Wahlergebnis ist ein Geschenk an die Linke. Verbunden mit der Aufforderung, das Versäumte doch noch nachzuholen.